

Niedersächsisches Ministerium für Soziales,
Gesundheit und Gleichstellung

Kommunale Familienförderung als Infrastrukturpolitik

Ein Impuls aus der Praxis
für die Praxis



Niedersachsen.
Klar.

Inhaltsverzeichnis

Grußwort der Nds. Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung Dr. Carola Reimann	3
Kommunalpolitik für Familien – eine Bestandsaufnahme	4
Kommunale Familienpolitik hat viel geleistet. Doch der nächste Schritt wartet!	5
Zum Entstehungskontext dieser Broschüre	6
„Die“ Familie gibt es nicht, Familien sind unterschiedlich!	7
Familien leisten viel!	9
Säulen kommunaler Infrastrukturpolitik für Familien Was meint kommunale Infrastrukturpolitik?	10
Das Beispiel: „Familienförderung als Infrastrukturentwicklung“ – das FIZ – „Familie im Zentrum“ in Hameln	11
Familien und zivilgesellschaftliches Engagement!	13
Was meint kommunale Infrastrukturpolitik?	13
Kernpunkte kommunaler Infrastrukturentwicklung für Familien Sozialplanung für Familien	15
Eine zentrale Anlaufstelle für Familien	18
Kommunale Entscheidungsstrukturen – wer entscheidet über welche Belange der Kommune?	19
Implementierung von Familienpolitik als Querschnittsaufgabe	20
Was ermöglicht „Digitalisierung“?	21
Literatur	22
Impressum	23

Grußwort

Sehr geehrte Damen und Herren,

Familie ist immer dort, wo Menschen verschiedener Generationen füreinander Sorge tragen. Das gilt insbesondere dann, wenn Eltern für Kinder und Kinder für Eltern sorgen. Familie ist unabhängig davon, ob jemand alleinerziehend, verheiratet, in Partnerschaft oder zusammenlebend ist.

Die Familie hat in unserer Gesellschaft einen hohen Stellenwert und das zurecht. Denn hier findet unsere Zukunft statt. Dafür braucht es Ankerkennung und Wertschätzung ebenso wie eine zukunftsweisende Familienpolitik. Diese muss die Voraussetzungen für das Gelingen von Familie schaffen und Eltern stärken. Eine bedeutende gesellschaftliche Aufgabe ist dabei die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Familien brauchen Zeit, Geld und Infrastruktur. Wie dieses Werkbuch zeigt, ist ein Bedürfnis der Familien besonders stark ausgeprägt: der Faktor Zeit. Das ist eigentlich keine besonders neue Erkenntnis, sollte man meinen. Ganz bewusst geben wir dem Aspekt Zeit deshalb mehr Aufmerksamkeit.

Bei der Befragung von Familien stellte sich heraus, wie vielschichtig die Thematik ist. Sie betrifft die Balance zwischen Familien- und Arbeitszeit bis hin zur Gestaltung von Freizeit mit der Familie. Für das Gelingen von Familie benötigen und wünschen sich Eltern mehr Zeit innerhalb der Familie.

Zur Unterstützung von Familien bei dieser Aufgabe besteht nach wie vor Handlungsbedarf. Dabei müssen wir auch die Familienformen stärken, die nicht der traditionellen Mutter-Vater-Kind-Familie entsprechen. Unsere Aufgabe ist es, allen Bevölkerungsgruppen Zugang zu den kommunalen Angeboten zu verschaffen.

Damit sie auch Wirkung erzielen, ist ein Überprüfen der kommunalen Angebote wichtig. Fehlen Angebote für Familien? Sind die vorhandenen Angebote noch passgenau für die einzelnen Zielgruppen? Orientieren sie sich an das heutige Leben und die zeitbezogenen Anforderungen von Familien?

Die Politik muss sich hinterfragen, wie sie das Thema Familie als Querschnittsaufgabe noch besser in den Blick nehmen kann.

Das Werkbuch ist dabei für die kommunale Ebene eine gelungene Handreichung und wird Sie bei diesem Gestaltungsprozess durch Anregungen unterstützen.

Ihre



Dr. Carola Reimann
Nds. Ministerin für Soziales, Gesundheit
und Gleichstellung



Kommunalpolitik für Familien – eine Bestandsaufnahme

In den Kommunen zeigt sich Erfolg oder Misserfolg familienpolitischer Maßnahmen! Hier leben die Familien!

Familienpolitik ist eine Aufgabe aller politischen Ebenen. Zwar wird Familienpolitik häufig als Aufgabe des Bundes angesehen, weil viele Leistungen für Familien, wie z.B. das Elterngeld oder Kindergeld, auf der bundespolitischen Ebene geregelt werden. Doch auf der kommunalen Ebene, dort, wo die Familien leben, zeigen sich Erfolge bzw. Misserfolge der hier miteinander verschränkten auf unterschiedlichen Ebenen angesiedelten familienpolitischen Maßnahmen. Auf kommunaler Ebene erfahren die Familien die Familienpolitik alltäglich und gestalten sich die sozialen Infrastrukturen für Familien konkret aus.

In den Kommunen zeigt sich der soziale Alltag der Familien und wie die jeweils lokale soziale Infrastruktur dazu passt.

In den Kommunen drückt sich der soziale und – heute auch digitale – Wandel bis in den Alltag der Familien hinein aus. Es gilt neu zu lernen, öffentlich und gemeinsam Verantwortung miteinander zu überneh-

men und die soziale Infrastruktur so weiter zu entwickeln, dass sie sich an der Vielfältigkeit des Familienalltags orientiert. Auch die unterschiedlichen Lebenslagen von Familien sind wahrzunehmen und der sozial prekären Lage vieler Familien – wie z.B. der Armut von Kindern, Jugendlichen und Eltern sowie Älteren – entgegen zu wirken.

Gleichzeitig ist Kommune nicht gleich Kommune! Regionale Unterschiede – nicht nur in monetärer Hinsicht, sondern auch hinsichtlich der Frage, welche lokalpolitische Kultur leitend ist – führen zu Unterschieden zwischen den verschiedenen Kommunen und zu maßgeblichen Unterschieden in der Unterstützung von Familien. Dabei ist kommunale Familienpolitik weitgehend durch Gesetze auf Bundes- und Landesebene vorgegeben – viele kommunalpolitischen Leistungen für Familien sind Pflichtleistungen (z.B. ein Betreuungsplatz in einer Kindertageseinrichtung).

Entscheidend ist aber, wie Kommunen in ihren Infrastrukturen für Familien die Pflichtleistungen zusammen mit freiwilligen Leistungen gestalten und umsetzen! Die Familien spüren den Unterschied in ihrem Alltag.

Kommunale Familienpolitik hat viel geleistet. Doch der nächste Schritt wartet!

Kommunale Familienpolitik sollte auf die Verbesserung der Lebensqualität der Menschen aller Generationen in ihren unterschiedlichen Familienkonstellationen zielen!

Die Kommunen haben in den vergangenen Jahren viel für Familien geleistet und vieles in Bewegung gebracht: Aufbauend auf diese Kraftanstrengungen, – insbesondere dem Ausbau im Bereich der Kindertagesbetreuung wie im Ganztagschulbereich – gilt es nun, zukunftsorientiert über die Zielsetzung kommunaler Familienpolitik zu sprechen.

Während sich familienpolitische Leistungen der vergangenen Jahre insbesondere am Ziel der Ermöglichung von Familie und Beruf – für beide Elternteile! – orientierten, wird eine zukünftige Familienpolitik dem Familienalltag nicht gerecht, wenn sie

allein durch ein Leitbild dominiert wird. So ist nun die Zeit, die kommunalen Infrastrukturen für Familien mit den Familien auszugestalten. Es wurden in den vergangenen Jahren viele Einrichtungen ausgebaut und neue Organisationen geschaffen, nunmehr sind diese in eine soziale Infrastruktur einzubinden, die alle Familien im Blick hat und mit ihnen gestaltet.



Kommunale Familienpolitik ist eine ressortübergreifende Aufgabe. Viele Entscheidungen aus unterschiedlichen Verwaltungsbereichen betreffen den Alltag der in der Kommune lebenden Familien. Kommunale Familienpolitik ist eine die verschiedenen Politikbereiche übergreifende Querschnittsaufgabe.

Es bedarf klarer Verantwortlichkeiten und Partizipationsformen für Familien in der Verwaltung und Politik, die einerseits mit den notwendigen Ressourcen ausgestattet werden und deren strukturelle Verankerung in den kommunalen Strukturen andererseits geregelt ist. Hierzu gehört

auch eine ressortübergreifende partizipativ ausgerichtete Sozialplanung mit und für Familien.

Kommunale Infrastrukturen sollten zudem vor Ort ein Gesicht für die Familien bekommen, wie Anlaufstellen und Familienzentren, die die Bürgerinnen und Bürger bei ihren Anliegen niedrigschwellig unterstützen. Diese Anlaufstellen können die Familien durch den „Dschungel“ unterschiedlicher Sozialer Dienste lotsen, mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch kommen und so alltäglich die Bedarfe der Familien wahrnehmen.

Zum Entstehungskontext dieser Broschüre

Dieser „Impuls aus der Praxis für die Praxis“ ist im Rahmen des Projekts „Die Diversität familialer Zeit im Takt des schnelllebigen Alltags“ entstanden, das durch das Niedersächsische Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung über einen Zeitrahmen von zwei Jahren finanziert wurde (Dezember 2016 bis November 2018).

Durchgeführt wurde das Projekt durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des FiZ (Familie im Zentrum) aus Hameln und des Instituts für Sozial- und Organisationspädagogik der Universität Hildesheim. Das Projekt hatte folgende Schwerpunkte:

- Einerseits wurden 12 Familien mit vorrangig jüngeren Kindern sowie mit zu pflegenden Familienangehörigen ausführlich befragt – also Familien, in denen umfassend Sorgearbeit zu erbringen ist. Ziel war, mehr über das familiäre Zeit-erleben zu erfahren:

- Welche Arrangements zwischen Familie, Haushalt und Arbeitswelt finden sich in den Familien?
- Wie geht es den Familienmitgliedern mit den jeweiligen Zeit-Arrangements in der Familie?
- Haben Sie das Gefühl, genug Zeit für sich als Familie und für die anderen Dinge in ihrem Leben zu haben?
- Wie oft kommt es zu Zeitkonflikten und wie werden diese gelöst? Dies implizierte auch die Frage danach, wen oder was die Familien als Unterstützung benennen und welche weiteren staatlichen Unterstützungsleistungen sie sich wünschen würden.

- Parallel hierzu wurde ein öffentlicher Stundenplan erhoben, um die Zeiten der öffentlichen Angebote in Bezug zu den familialen Zeiten zu setzen.

- Quer dazu wurde gefragt, inwiefern sich die durch die Digitalisierung ergebenden Möglichkeiten in den Familien, in der Arbeitswelt bzw. im öffentlichen Bereich auf die Gestaltung von Familienleben auswirken bzw. auch in den öffentlichen Angeboten genutzt werden.

In dieser Broschüre werden die zentralen Ergebnisse des Projekts auf die Frage hin gebündelt, welche Impulse sich aus der Perspektive des Projekts für eine kommunale Familienpolitik ziehen lassen.

„Die“ Familie gibt es nicht, Familien sind unterschiedlich!

Diese Binsenweisheit sollte (kommunal) politische Konsequenzen haben. Kommunale Infrastrukturen müssen die Unterschiedlichkeit von Familien und die damit verbundenen unterschiedlichen Bedarfe anerkennen und darauf reagieren.

Ganz allgemein betrachtet ist das „konstitutive Merkmal“ von Familien, „die Zusammengehörigkeit von zwei (oder mehreren) aufeinander bezogenen Generationen, die in einer Elter-Kind-Beziehung zueinander stehen. Mit ‚Elter‘ wird zum Ausdruck gebracht, dass es nicht immer zwei Personen“ sind (Lenz 2016, S. 169). Diese Definition schließt auch Sorgebeziehungen im Alter ein und ist nicht nur auf das Zusammenleben in einem Haushalt oder auf die biologische Elternschaft beschränkt.



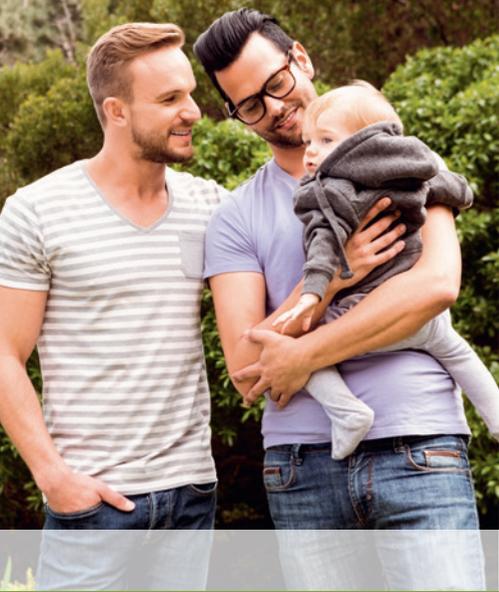
In den vergangenen Jahren verfolgten Kommunen vor allem ein familienpolitisches Leitbild, das die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den Vordergrund rückte und Eltern insbesondere in ihrer Rolle als Erwerbstätige in einer relativ stabilen Arbeitszeitstruktur wahrnahm. Die Kommunen – insbesondere die Kinder- und Jugendhilfe – haben in diesem Kontext den Ausbau der Kindertagesbetreuung und des Ganztags schulwesens mit einem großen Kraftaufwand geleistet. Diese kommunalpolitische Leistung ist ein Beweis dafür, dass soziale Veränderungen kommunal gestaltet werden, aber auch, dass Veränderungen nicht durch ein Gesetz oder politischen Beschluss auch schon vollzogen sind.



In unserer Studie werden darüber hinaus aber auch weitergehende Herausforderungen deutlich.

In den Interviews zeigt sich deutlich, dass das aktuelle System der Kindertagesbetreuung, an vielen Stellen noch nicht den Bedarfen der Familien entspricht: Geschwisterkinder sind in unterschiedli-

chen Kitas untergebracht. Man hat keinen Ganztages- sondern nur einen Halbtagesplatz. Das System ermöglicht keine Planungssicherheit: So äußerten die Eltern einer Familie das Problem, bis kurz vor Beginn des Schuljahres noch nicht zu wissen, ob das Kind einen Hortplatz bekommt oder nicht – zum Zeitpunkt des Interviews im Frühsommer wussten die Eltern noch immer nicht, ob sie für die Zeit nach den Ferien einen Plan B brauchen oder nicht. Auch zeigte sich deutlich, dass sich die Öffnungszeiten von Kindertageseinrichtungen nach wie vor nicht an den unterschiedlichen zeitlichen Taktungen von Familien orientieren. So decken sich die Öffnungszeiten der Kindertageseinrichtungen nicht mit den Bedarfen von Familien, bei denen die Arbeitszeiten



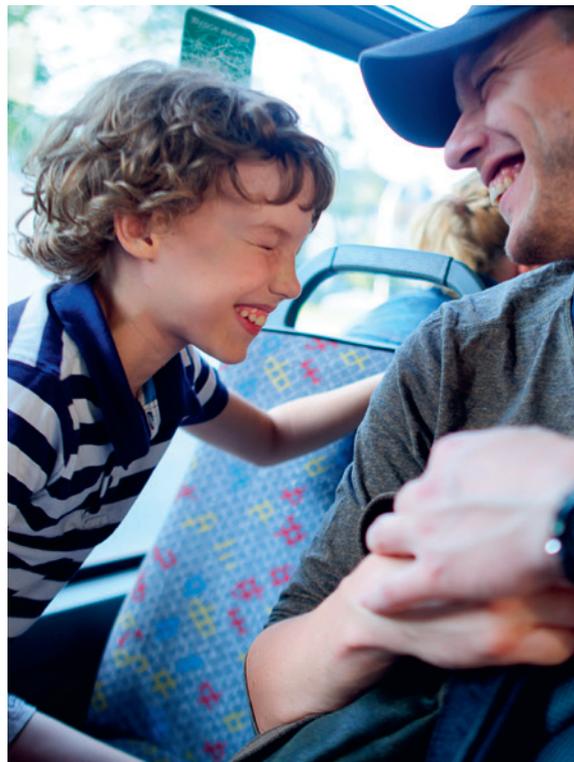
In den Interviews wird deutlich, wie wichtig es für den Alltag der Familien ist, Familienfragen quer zu verschiedenen Lebensbereichen zu diskutieren und somit familiäre Bedarfe auch jenseits der Vereinbarkeit von Familie und Beruf wahrzunehmen.

So kam in den Interviews gleichermaßen die Frage auf, warum der öffentliche Nahverkehr nicht für alle Kinder und Jugendlichen umsonst sein könnte, Möglichkeiten der Freizeitgestaltung (Spielplatz, Schwimmbad, Jugendhäuser, Musikschule) wurde eine hohe Bedeutung zugeschrieben und wurden mit Nachdruck eingefordert.

der Elternteile nicht den traditionellen Normalarbeitszeiten entsprechen: „Was ich mir generell wünschen würde von dieser ganzen Betreuungslandschaft, ist, dass dieser Gedanke endlich weggeht von der, jeder Mensch arbeitet ja von Montag bis Freitag von acht bis 17 Uhr. Es ist nicht so. Das bin ja nicht nur ich, die in so einem Dienstleistungssektor arbeitet.“

„... ich kann als Schichtgänger nun mal nicht, ich muss um 06:00 Uhr auf Arbeit sein. Und ich kann nicht sagen jedesmal, um 07:00 Uhr erst, weil die Kita nicht vorher aufmacht.“

Aber auch viele weitere Dienste der Kommune orientieren sich nach wie vor an den traditionellen Normalarbeitszeiten (was ohne Zweifel für die dort Beschäftigten von Vorteil ist) und scheinen noch wenige Konsequenzen daraus gezogen zu haben, dass sich die zeitlichen Arrangements in den Familien in weit stärkerem Maße flexibilisiert haben.



Familien leisten viel!

Familien organisieren selbst – zusätzlich zu den kommunalen Leistungen – zum Teil erhebliche Unterstützung, um den Familienalltag zu meistern.

Viele Familien greifen auf privat organisierte Unterstützungsnetzwerke regelmäßig zurück, andere in Notfällen. Eltern brauchen private Netzwerke, um ihren Familienalltag bzw. die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicher zu stellen.

Keine der interviewten Familien, bei denen beide Elternteile arbeiten gehen, bewältigt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nur mit Hilfe von Kindertagesbetreuung und Schule. Insbesondere wird es im Fall von Erkrankungen problematisch, wenn die Betreuungszeiten nicht ausreichen (man hat einen Halbtagsplatz und bräuchte einen Dreiviertelplatz in der Kita) oder wenn die Arbeitszeiten nicht den traditionellen Normalarbeitszeiten entsprechen.

Bei einer Familie arbeiten beide Elternteile im Schichtbetrieb. Die jeweiligen Schichten der Eltern überschneiden sich aus Betreuungsgesichtspunkten ungünstig (so überlappen sich bspw. Schichtende des einen Elternteils und Schichtbeginn des anderen Elternteils) – auch passen die jeweiligen Schichten nicht zu den Öffnungszeiten der Kindertagesbetreuung. An diesem Beispiel zeigt sich deutlich, wie wichtig die öffentliche Kindertagesbetreuung zwar einerseits ist, dass sie aber andererseits die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht immer gewährleistet.



Andere Familien organisieren sich privat Unterstützung, um sich zu erholen; insbesondere Eltern mit betreuungsintensiven Kindern oder Personen wünschen sich zudem eine „Verschnaufpause“ – eine kinder- bzw. betreuungsfreie Zeit.

Die Kommunen, das Land und der Bund leisten einen wichtigen Beitrag für die Vereinbarkeit von Familie. Gleichzeitig wird aber nicht immer genügend anerkannt, welche alltäglichen Leistungen Familien erbringen. Die Familien schaffen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die öffentliche Hand unterstützt sie!

Die Leistungen der öffentlichen Hand sind wichtig, sie decken einen Teil des jeweiligen familialen Bedarfs ab, sie allein ermöglichen aber nicht die Vereinbarkeit.

Säulen kommunaler Infrastrukturpolitik für Familien

Was meint kommunale Infrastrukturpolitik?

In der alltäglichen Sorge-Arbeit, die viele Menschen in ihren Familien oder in ihrem privaten Nahbereich leisten, steckt auch zivilgesellschaftliches Engagement, das einerseits mehr Anerkennung finden muss. Andererseits sollte kommunale Familienpolitik ihren Ausgangspunkt an diesem Engagement nehmen – sie gilt es mit nachbarschaftlichen, weiteren zivilgesellschaftlichen Ressourcen und mit professionellen Dienstleistungen zu verbinden. Modelle wie digitale Formen der Nachbarschaftshilfe oder sozialräumliche Unterstützungsbörsen greifen vor allem dann, wenn sie von den alltäglichen Unterstützungsleistungen der Familien ausgehen und nicht neu und zusätzlich entworfen werden. Hier bieten digitale soziale Netze neue Organisationsmöglichkeiten.

Das Leitbild der caring community Dieses Leitbild, für das Begriffe wie „sorgende Gemeinschaften“ oder „caring community“ stehen, steht nicht für eine rückwärtsgerichtete Familienpolitik, bei dem sich die öffentliche Hand mit dem Verweis auf privat organisierte Unterstützung aus ihrer Verantwortung stehlen kann – vielmehr geht es um eine sozialpolitische Neuausrichtung, die den Kommunen die tragende Rolle zuschreibt (vgl. BMFSFJ 2016)

Die Aufgaben, die den Kommunen bzw. der Kommunalverwaltung in diesem Kontext zukommen, sind vielfältig:

- Einerseits folgt aus ihrer Planungs- und Steuerungsverantwortung die Aufgabe, die kommunale Infrastruktur als Ganzes im Blick zu haben und – im Rahmen der von ihr zu leistenden Sozialplanung für Familien – den erhobenen Bedarf mit der vorhandenen Unterstützungsinfrastruktur abzugleichen. Zum Aufgabenbereich dieser Sozialplanung für Familien gehört auch, die jeweils regional vorhandenen Vernetzungs- und Kooperationsstrukturen im Blick zu haben. Kooperation und Vernetzung werden oft als ein Versprechen gesetzt, sind jedoch zumeist nicht ausreichend institutionalisiert und mit den alltäglichen Netzwerken der Familien vor Ort verbunden.
- Geht es nun darum, Soziale Dienste der Kommune mit der alltäglichen Sorge-Arbeit in der Familie, mit nachbarschaftlichem bzw. zivilgesellschaftlichem Engagement zu verbinden – so braucht es, um dieses leisten zu können, eine immer wieder herzustellende Nähe zwischen dem alltäglichen Familienleben und den sozialen Dienstleistungen. Um erfolgreich sein zu können, könnten Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter eine moderierende eine initiiierende Rolle einnehmen – mit Respekt für die Sorgeleistungen der Bürgerinnen und Bürger. Manchmal geht es auch nur um das zur Verfügung stellen von Ressourcen, die die Kommune hat, wie z.B. einen Raum günstig zu vermieten oder in den eigenen Portalen Werbung für eine Veranstaltung zu machen. Auch hier bietet die Neuausrichtung einer digitalen Erreichbarkeit der Kommunen vielfältige Möglichkeiten.

Das Beispiel:

„Familienförderung als Infrastrukturentwicklung“ – das FiZ – „Familie im Zentrum“ in Hameln

Das FiZ – „Familie im Zentrum“ in Hameln ist kein Sozialer Dienst im klassischen Sinn. Das FiZ ist eine durch eine lokale Stiftung finanzierte, aber in Verantwortung der Stadt stehende Einrichtung, die den Anspruch verfolgt Familienförderung als Infrastrukturentwicklung zu initiieren. Insgesamt wurde diese Broschüre zusammen mit dem FiZ entwickelt.



In der Konzeption und im Ratsbeschluss zur Einrichtung des FiZ (2008) der Stadt Hameln heißt es: „Die Stadt Hameln verantwortet und steuert die drei Erziehungsbereiche außerhalb der Familie - die Kindertageserziehung, die Schule und die Kinder- und Jugendarbeit. Das Zusammenspiel dieser drei Erziehungsbereiche kann und soll von der Kommune zeitgemäß gestaltet werden, um insbesondere familienergänzende, -begleitende und -unterstützende Angebote vorzuhalten und brachliegende Chancen aufzugreifen. [...]

Sämtliche, auch nicht-kommunale Angebote und Leistungen sollen aufeinander abgestimmt und miteinander verzahnt werden, um allen Kindern und Jugendlichen eine umfassende und ertragreiche Bildung und Betreuung zu ermöglichen [...] Eine zielgerichtete und sinnvolle Verbindung der Angebote von Jugendhilfe, Schule und begleitenden Leistungen in Hameln soll für Kinder, Jugendliche und deren Eltern eine tragfähige und fördernde Infrastruktur für Bildung, Betreuung, Freizeit und soziale Dienstleistung herstellen.“

Das FiZ nimmt diesen Auftrag dadurch wahr, dass es Familienförderung nicht als fertiges Konzept begreift, sondern alle Facetten von Familienförderung bearbeitet, die die Bürgerinnen und Bürgern in ihren Anliegen in das FiZ tragen.

Der Begriff „Familie“ wird als offener Zugang und als ein positiv besetzter Schlüssel für Initiativen, Bürgerbeteiligung und Kooperationen gesehen. Dabei gilt, keine Anfrage und kein Anliegen ist unberechtigt und wird einer Bearbeitung zugeführt. Diese grundlegende thematische Offenheit bezieht sich auch auf alle Träger Sozialer Dienste. Dies

bedeutet eine Integration und Verzahnung vielfältiger Sozialkonzepte wie Mütterzentrum, Mehrgenerationenhaus, Kinder- und Familienservicebüro, Kindertagespflege, Seniorenservice-Büro, „Wellcome“, Erziehungsslotsen etc.

Im Mittelpunkt steht die Netzwerkarbeit (in Kooperation treten, Partner suchen) und durchaus auch das Motto: „Nichts selbst zu machen“, um nicht in Konkurrenzen zu treten, jedoch entschieden darauf hinzuweisen, was da ist und was nicht. Das FiZ will entsprechend vorhandene Angebote bündeln und „aus einer Hand“ an die Familie geben.



Es sollen vor allem durch den vernetzten Blick, der immer wieder aus der Perspektive der Bürgerinnen und Bürgern in Hameln eingenommen wird, Stärken und Defizite ausgemacht und in die öffentliche Diskussion gebracht werden.

Diese werden in die Kommunalpolitik zurückgespielt: So ist das FiZ an sozialen

Planungsprozessen rund um das Thema „Familie“ beteiligt. Gleichzeitig ist das FiZ auch selbst Infrastruktur: Es bietet den Sozialen Diensten und sozialen Initiativen vor Ort Räumlichkeiten kostenlos an und gibt so auch „kleinen Pflänzchen der Familienförderung“ eine öffentliche Würdigung, indem es sie ebenfalls in ihrer Entwicklung berät und unterstützt.

Es ist das Ziel in Hameln

- ein gebündeltes, zentrales Orientierungs- und Beratungsangebot zu schaffen
- dezentrale, niederschwellige Anlaufstellen an Orten von Familien (Kitas, Spielplätzen etc.) vorzuhalten
- zeitgemäße und transparente – digitalisierte – Kommunikationswege zu entwerfen
- den Lebensrealitäten der Familien entsprechende, breit aufgestellte und flexibel nutzbare Betreuungsangebote in Krippen, Kitas und Grundschulen mitzugestalten
- bedarfsgerechte Ferienangebote mit den Kindern und Jugendlichen und deren Eltern zu planen
- Angebote der Kinder- und Jugendarbeit in ihrer Vielfalt abzusichern und bedarfsgerecht weiter zu entwickeln
- Familienfreundlichkeit über die Grenzen der Sozialen Arbeit hinaus als Philosophie einer gesamten Stadtgesellschaft zu etablieren



Es geht insgesamt um die Verzahnung aller Leistungen rund um familiäre Anliegen innerhalb des kommunalen Angebotsspektrums, aber insbesondere auch darüber hinaus, sowie um eine Verbesserung der Bürgerbeteiligung!

Familien und zivilgesellschaftliches Engagement!

Was können Kommunen machen, um auch Menschen in der Rush-Hour des Lebens – also mit der Doppelbelastung von alltäglicher Sorge-Arbeit in der Familie und Erwerbstätigkeit – stärker in die politischen Gestaltungsprozesse der Kommune einzubinden. Wie kann ihnen ermöglicht werden, sich auch zivilgesellschaftlich mit einem ehrenamtlichen oder kommunalpolitischen Engagement einzubringen? Damit ist nicht gemeint, dass Familienmitglieder sich nicht zivilgesellschaftlich engagieren.

Kinder und Jugendliche engagieren sich viel in Verbänden und organisieren diese mit; Mütterzentren, Pflegeinitiativen, ohnehin die alltägliche Pflege, Kitas und Fußballvereine wären ohne das Engagement von vielen Familienmitgliedern nicht denkbar. Doch es gilt, diese Erfahrungen auch stärker in die politischen Gestaltungsprozesse einzubringen.



Schließlich sollte auch diese Personengruppe angemessen auch über Familienbeiräte hinaus in den politischen Strukturen – von den Gemeinderäten bis in den Land- und Bundestag – vertreten sein. Gegenwärtig beginnt dieses politische Engagement häufig erst jenseits oder nach der Sorgearbeit und Familienzeit. Hier braucht es eine neue politische Kreativität, um auf tragbare Lösungen zu kommen, die auch Erwachsenen in der Rush-Hour ihres Lebens ermöglicht, sich in die Kommune einzubringen.

Was meint kommunale Infrastrukturpolitik?

Infrastrukturen werden dann gespürt, wenn sie nicht funktionieren (van Laak 2018).

Die Infrastruktur des WLAN-Netzes spüren die Menschen dann, wenn es ausfällt. Mit der sozialen Infrastruktur für Familien ist es vergleichbar: Wenn etwas gut funktioniert, ist es ‚nicht der Rede wert‘; doch Bedarfe werden deutlich, wenn Menschen Brüche spüren oder nicht mehr erreicht werden. Entsprechend gilt es sensibel zu

sein für das, was thematisiert wird und „Beschwerden“ nicht vorschnell als Anspruchsdenken zurückzuweisen.

Fragt z.B. ein Krankenpfleger bzw. eine Krankenpflegerin im Schichtdienst nach einer Kinderbetreuung, um im Bemühen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützt zu werden, so handelt es sich hierbei nicht um eine übersteigerte Anspruchshaltung – warum sollte diese

Person in ihren Bemühungen um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht quantitativ gleichermaßen vom System der Kindertagesbetreuung profitieren, wie Menschen, die zu den traditionellen Normalarbeitszeiten ihrer Erwerbstätigkeit nachgehen können? Dieses Beispiel zeigt gleichermaßen aber auch, dass Lösungen zum einen nicht immer so einfach zu finden sein werden (wäre es denn eine Lösung, dass die Öffnungszeiten von Kitas von 5.30 Uhr bis 22 Uhr gehen?) bzw. dass es hier Aushandlungsprozesse zwischen verschiedenen Akteursgruppen geben sollte (hier sollten auch die Arbeitgeber z.B. in lokalen Bündnisse mit einbezogen werden ?).

Wie dieses Beispiel zeigt – einer kommunalen Familienpolitik, die sich zum Ziel setzt, das Leben aller in ihr lebenden Familien zu unterstützen, bieten sich vielfältige Ansatzpunkte. Jede Kommune ist aufgefordert, ihren eigenen Weg zu finden.

Gemeinsam sollte den Kommunen sein, dass kommunale Familienpolitik nicht im „Blindflug“ erfolgt.

Um Zielrichtungen kommunaler Familienpolitik bestimmen zu können, die auf die Bedarfe der Familien abgestimmt sind, müssen diese Bedarfe jedoch bekannt sein. Was wissen die Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger in einer Kommune darüber, wie die Familien vor Ort leben? Welche Probleme die Familienmitglieder in ihrem Alltag bewältigen, welche Unterstützung sie sich wünschen und welche sie bereit wären, anzunehmen? Grundlegend erscheint, eine ressortübergreifende partizipative Sozialplanung für Familien zu etablieren – wo es sie noch nicht gibt! Sie hat die Aufgabe, die Bedarfe der unterschiedlichen Familien zu erfassen – von Familien mit kleineren Kindern, mit Schulkindern, mit Jugendlichen wie auch mit zu pflegenden (älteren) Familienangehörigen usw.

Weitere mögliche Ansatzpunkte sind:

- Eine zentrale Anlaufstelle für Familien
- Kommunale Entscheidungsstrukturen – wer entscheidet über welche Belange der Kommune?
- Implementierung von Familienpolitik als Querschnittsaufgabe im Verwaltungsaufbau der jeweiligen Kommunen

Kernpunkte kommunaler Infrastrukturentwicklung für Familien Sozialplanung für Familien

Eine partizipative Sozialplanung für Familien schafft Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern und gibt ihnen die Chance, ihre Bedürfnisse explizit zu formulieren.

„Die“ Familie gibt es nicht – Familien sind unterschiedlich und so haben Familien und die einzelnen Familienmitglieder – Kinder, Jugendliche, Eltern und Ältere – auch unterschiedliche Bedürfnisse und unterschiedliche Erwartungen an eine kommunale Politik.

Um eine Infrastruktur für Familien entwickeln zu können, sollten die Bedürfnisse wahrgenommen werden. Nicht alle Bedürfnisse sind gleich Bedarfe, die durch öffentliche Leistungen beantwortet werden müssen. Eine soziale Infrastruktur für Familien wird insbesondere dann angenommen, wenn sie an der alltäglichen Sorge-Arbeit ansetzt!

Dahinter steht die Annahme, dass ohne eine vorausschauende und kontinuierliche Planung eine leistungsfähige und bedarfsgerechte soziale Infrastruktur auf Dauer nicht gewährleistet werden kann. Zentral ist hier der partizipative Anspruch: Kinder- und Jugendhilfeplanung ist als ein kommunikativer Aushandlungsprozess gedacht und somit wird dem öffentlichen Träger die Aufgabe zugeschrieben, auf die Kinder, Jugendlichen und ihre Eltern zuzugehen, den Austausch zu suchen. Wie schon erwähnt, sollte dieses um den Bereich der Inklusion und Sorge bzw. Pflege älterer Menschen noch ergänzt werden, auch hier sollte die Planungsverantwortung in einer – öffentlichen – Hand liegen.

Das Sozialgesetzbuch VIII gibt in § 80 bezogen auf Kinder- und Jugendhilfeplanung einen Rahmen vor, der geeignet erscheint, um diese Aufgabe zu meistern. Er sollte nur um weitere Lebensbereiche erweitert werden: Es wird hier den Trägern der Öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe die Aufgabe zugeschrieben, alles Notwendige zu planen und vorzuhalten, das dazu beiträgt, „insgesamt den Bedürfnissen und Interessen der jungen Menschen und ihren Familien Rechnung zu tragen.“

Was z.B. weiß eine Kommune über die Wohnwünsche der in ihr lebenden älteren Bürgerinnen und Bürger? Wie viele Bürgerinnen und Bürger würden gerne in ihrer Wohnung, ihrem Haus wohnen bleiben, auch wenn sie unterstützungsbedürftig sind – und wer kann sich eher vorstellen z.B. in eine Seniorenresidenz oder ein Pflegeheim umzuziehen?

Anschaulich lässt sich die Bedeutung einer Sozialplanung auch am Beispiel des Übergangs Jugendlicher bzw. junger Erwachsener von der Schule in ein möglichst selbständiges Erwachsenenleben darstellen – ein Übergang, bei dem viele Jugendliche (finanziell und sozial) massiv durch ihre Familien unterstützt werden. Spannend ist in unserem Kontext die Frage, wie sich die rechtskreisübergreifende professionelle Begleitung dieses Übergangs für die jungen Menschen darstellt, die keine oder nur sehr wenig Unterstützung durch ihre Familien erfahren? Fängt das jeweilige Unterstützungssystem die jungen Menschen auf? Wie viele junge Menschen ohne Schulabschluss, ohne Berufsausbildung leben in der Kommune? Wie viele junge Menschen finden keine Wohnung?



Aufgabe der Sozialplanung für Familien ist es auch, die Steuerung notwendiger Kooperations- und Vernetzungsstrukturen zu übernehmen.

- Kennen sich die Sozialen Dienste untereinander?
- Wissen Sie, wann sie aufeinander verweisen können oder wann sie eine Familie mit einem spezifischen Problem an wen weitervermitteln können?
- Arbeiten sie gut und gerne miteinander?
- Haben sie transparente digitale Kommunikationsmöglichkeiten untereinander?

Aufgrund der starken Pluralisierung und Versäulung von Hilfsangeboten ist es wichtig, dass im Blick bleibt, wie die Zusammenarbeit der verschiedenen Institutionen funktioniert.



In der Befragung zeigte sich, dass die Sorgestruktur in den Familien eng mit dem Geschlechterverhältnis und den Geschlechterbeziehungen gekoppelt ist: In den Interviews wird deutlich, dass sich die meisten Männer zwar in und für ihre Familien engagieren und auch im Haushalt tätig sind – dieses Engagement geht aber nicht zu Lasten ihrer beruflichen Verpflichtungen – bzw. nur in (absoluten) Ausnahmefällen.

Die Mütter arbeiten nicht nur quantitativ weniger, sondern suchen sich auch Arbeitsplätze, die sich eher mit den familialen Bedarfen vereinbaren lassen, da eine größere Flexibilität in den Arbeitszeiten besteht. Damit ist aber auch immer eine schlechtere finanzielle Stellung bzw. Absicherung verbunden.

So arbeitet z.B. eine Mutter, die mit ihren beiden Kindern alleine lebt auf 450 Euro Basis – dieser Job ermöglicht ihr, auch spontan zu reagieren, wenn z.B. eines ihrer beiden Kinder krank wird. Ihre Arbeitstermine kann sie jederzeit verschieben und auch absagen, eine Flexibilität, die nur mit wenigen Arbeiten verbunden sind – allerdings nimmt sie hierfür für sich und ihre Kinder in Kauf, sich finanziell weniger leisten zu können.

Mit diesen Aussagen soll dieses Familienarrangement nicht diskreditiert werden, im Interview erläutert die Mutter ausführlich die Vorteile, die sie sieht. Aus unserer Sicht stellt sich allerdings die Frage, ob sich diese Mutter durch die gegenwärtige Familienpolitik unterstützt fühlt?! Als Wunsch benennt sie z.B., etwas mehr Geld zu haben.

Dieses Beispiel zeigt, dass auch spezifischere Themen in den Blick kommen können. Gleichmaßen sollte der Blick auch auf die unterschiedlichen Altersgruppen (gibt es z.B. genug und die „richtigen“ Angebote für Jugendliche bzw. junge Erwachsene) bzw. für Familien mit vielfältigen Herausforderungen gerichtet werden. Hiermit soll nicht gesagt sein, dass bestimmte Familienstrukturen zwangsläufig mit komplexen Herausforderungen bzw. Problemen verbunden sind. In den Blick sollte so kommen ...

- die Situation von Familien in Armutslagen,
- die Situation von Ein-Eltern-Familien,
- die Situation von Familien mit Migrationshintergrund,
- die Situation von Familien mit Kindern oder Jugendlichen mit einer Behinderung oder Beeinträchtigung bzw. die Situation von Familien mit Eltern mit einer Behinderung oder Beeinträchtigung,
- die Situation von Großfamilien und wie schon erwähnt
- die Situation von Familien mit zu pflegenden älteren Angehörigen.



Eine zentrale Anlaufstelle für Familien

Die Versäulung Sozialer Dienste macht es selbst für Fachkräfte mitunter schwer, den Überblick über die vorhandenen Angebote zu bewahren. Der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für Kinder ab 3 Jahren – für wie viele Stunden täglich gilt dieser? Wo finde ich Informationen zu den vorhandenen Betreuungsangeboten in den Schulferien? Kann ich mein Kind auch in einer Schule in einem anderen Stadtteil anmelden? Wo finde ich Informationen zu den vorhandenen Angeboten in der Pflege älterer Menschen? Wo kann ich mich informieren, wenn ich interessiert bin, eine Pflegefamilie zu werden?

Durch eine gut strukturierte digitale Plattform könnten die Bürgerinnen und Bürger unterstützt werden!

In jeder Kommune sollte es zudem einen Ort geben, an dem diese Fragen beantwortet werden können – im persönlichen Kontakt gleichermaßen aber auch über die digitale Bereitstellung von Informationen. Ein Ort – als Gesicht der kommunalen Familienförderung –, der unter den Familien immer bekannter wird und sie bei ihren jeweiligen Anliegen niedrigschwellig unterstützt, auch per E-Mail oder im Online- oder Live-Chat.



Darüber hinaus leben in Familien Kinder, Jugendliche, Erwachsene, Ältere mit unterschiedlichen Interessen und Bedürfnissen. Familien haben nicht einheitliche Interessen und Familien haben Konflikte.

Es braucht Angebote für Familienmitglieder jenseits der Familien-, Kinder- und Jugendarbeit, Freizeitmöglichkeiten für Ältere etc. Zudem brauchen einzelne Familienmitglieder auch transparente Angebote, wenn sie in Notlagen geraten, bedroht werden oder Gewalt erfahren. Es braucht auf Ebene der Kommunen z.B. Beschwerdestellen für Opfer sexualisierter

Gewalttaten oder von Übergriffen in den unterschiedlichen Lebensbereichen. Dazu gehört auch, Möglichkeiten der ombudschäftlichen Beratung für Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene und deren Personensorgeberechtigte, die z.B. in der Kinder- und Jugendhilfe leben, zu schaffen. Hier hat sich gerade in den vergangenen Jahren immer wieder gezeigt, dass z.B. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in der Kinder- und Jugendhilfe oder auch Ältere in Pflegeeinrichtungen nicht in dem Maße ihre Rechte kennen, wie dies eigentlich der Fall sein sollte.



Kommunale Entscheidungsstrukturen – wer entscheidet über welche Belange der Kommune?

Aus unserer Perspektive sollte jede Kommune ihre politischen Entscheidungsstrukturen in drei Hinsichten nochmals auf den Prüfstand stellen. Grundsätzlich sollte hierbei das Ziel verfolgt werden, eine größere Nähe zu den Bürger_innen zu schaffen, als dies gegenwärtig der Fall ist. Die Bereitschaft der Bürger_innen sich in und für ihre Kommune zu engagieren, ist desto größer, desto mehr sie das Gefühl haben, dass dies auch gewünscht wird und sich ihnen auch gewisse Handlungsspielräume eröffnen.

Diversität bei der Besetzung von politischen Ämtern beachten

Wer sitzt in den politischen Entscheidungsgremien? Sind diese mit Menschen besetzt, die einen Querschnitt der jeweiligen Bevölkerung abbilden? Wurden gleichermaßen Männer wie Frauen, jüngere wie ältere Menschen, Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, Menschen mit und ohne eigene Familie, Menschen, die pflegen aber auch Menschen die gepflegt werden in diese Gremien gewählt bzw. haben sie sich proportional zur Wahl aufstellen lassen?

Stärkung der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

Nach § 36 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes ist es Aufgabe aller Kommunen, „Kinder und Jugendliche bei Planungen und Vorhaben, die deren Interessen berühren, in angemessener Weise (zu) beteiligen“. Um dies einlösen zu können, ist es Aufgabe der Gemeinden und Samtgemeinden „geeignete Verfahren (zu) entwickeln und durch(zu)föhren“.

Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern

Kommunale Familienpolitik kann auch bedeuten, dass in den Kommunen Familienbeiräte gegründet werden und in den unterschiedlichen Formen der kommunalen Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern die Herausforderungen der Familien- und Sorgearbeit stärker Berücksichtigung finden sowie den Familienmitgliedern ermöglicht wird, sich zu engagieren.

Implementierung von Familienpolitik als Querschnittsaufgabe

Versteht man Familienpolitik als Querschnittsaufgabe so stellt sich in jedem Ressort bei vielen Entscheidungen die Frage, welche Konsequenzen einzelne Entscheidungen für die Familien oder spezifische Familiengruppen nach sich ziehen.

Setzt sich eine Kommune das Ziel, Familienfreundlichkeit als Querschnittsaufgabe in den jeweiligen Zuständigkeitsbereichen der Kommune zu verankern, so stellt sich die Frage danach, wie Zuständigkeiten bzw. Verantwortlichkeiten organisiert werden können: Hier sind unterschiedliche Ansätze möglich, die alle je Vor- wie auch Nachteile mit sich bringen (vgl. Bogumil 2008).



Ein Beispiel ist die Einrichtung einer Stabsstelle. Analog zum Modell von z.B. einer/ eines Gleichstellungsbeauftragten wird eine Stabsstelle für Familie im Sinne einer anzuhörenden, kontrollierenden Instanz eingerichtet. Dieses Modell macht insbesondere dann Sinn, wenn es darum geht, bei kommunalen Entscheidungen quer durch alle Politikressorts die Frage nach der Familienfreundlichkeit nicht aus dem Blick zu verlieren.

- Welche kulturellen Events sollen gefördert werden?
- Wie kann der öffentliche Nahverkehr weiterentwickelt werden?
- Wie sieht die weitere Stadtplanung aus?
- Gibt es genug Fahrradwege, die auch von Kindern gut befahren werden können?
- Gibt es genug und attraktive Spielplätze?

In den Interviews zeigte sich deutlich, wie sehr die Qualität des Familienlebens von diesen scheinbar anderen politischen Sphären durchdrungen und auch abhängig ist: Man wohnt zu nahe an der Schule und bekommt so keine Busfahrkarte – dies schränkt die Mobilität der Kinder und Jugendlichen aber massiv ein.

Große Bedeutung wurde in den Interviews insbesondere den Angeboten der Freizeitgestaltung – im kulturell-musischen wie auch sportlichen Bereich – zugeschrieben: Museen, Freibad, Musikschule, Jugendtreffs, Sportvereine sind Angebote auf die die Familien nicht verzichten möchten. Kritisiert wurde insbesondere, dass es für Familien mitunter teuer werden kann, sie in Anspruch zu nehmen und es wurde gefragt, ob es nicht auch möglich wäre, alle öffentlichen Angebote für Kinder und Jugendliche umsonst anzubieten.

Was ermöglicht „Digitalisierung“?

Der Einzug digitaler Medien in den Alltag von Familien ist vollzogen – gleichermaßen wie auch in Familien, die dieser Technik eher kritisch gegenüberstehen. Dies scheint einerseits eine gute Voraussetzung dafür zu sein, kommunale Verwaltungsleistungen immer stärker auch über digitale Verwaltungsportale anzubieten.

Digitale Plattformen können gerade angesichts der Unübersichtlichkeit der Leistungen eine neue Zugänglichkeit, Begleitung und Transparenz ermöglichen.

Allerdings deuten die Ergebnisse unserer Untersuchung auch darauf hin, dass dieser Prozess nicht ganz gradlinig verlaufen wird – hier docken unsere Ergebnisse an Ergebnisse umfassender Studien wie z.B. dem eGovernment Monitor 2017 (vgl. Initiative D21 e.V./fortiss 2017) an:

Zwar gibt die Mehrheit der Eltern an, sich online zu informieren, bis auf zwei Familien lehnen aber alle weiteren Familien die Möglichkeit ab, Behördenangelegenheiten allein online abzuwickeln. Sie argumentieren, dass das persönliche Gespräch doch unersetzlich bzw. ihnen Papier lieber sei („Wozu gibt es denn das Telefon?“). Während das Internet von den Familien vielfältig genutzt wird, um Einkäufe zu tätigen, wenn hiermit Zeit- und Kostenersparnisse einhergehen (z.B. beim Buchen von Urlaub), wird diesen Argumenten bei Behördenangelegenheiten keine Bedeutung zugeschrieben. Unseres Erachtens wird so eine weitere Umstellung auf digitale Behördengänge keinen Erfolg erzielen, wenn nicht gleichzeitig die Vorbehalte und Ängste der Bevölkerung ernst genommen werden und mit ihnen auch etwas passiert.



Darüber hinaus finden sich auf Stadt- bzw. Kreisebene der öffentlichen Angebote sehr unterschiedliche online-Präsentationen: Wird man online darauf hingewiesen, bei weiteren Fragen im Amt anzurufen oder finden sich online vielfältige Informationen? Werden E-Mail-Adressen genannt und kann so auch davon ausgegangen werden, dass dieser Kommunikationsweg de facto angeboten wird? Ist es möglich online Termine zu vereinbaren?

Hier erscheint es uns ratsam, kommunenübergreifend eine möglichst einheitliche Struktur zu entwerfen: Warum sollte es möglich sein, in einem Amt X per E-Mail meine Angelegenheiten zu klären, während Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eines anderen Amtes hingegen nur per Telefon und dies nur zu sehr eingeschränkten Zeiten zu erreichen sind?

Die Bürgerinnen und Bürger sollten hier eine transparente, barrierefreie und einfach nachvollziehbare digitale Struktur vorfinden.

Literatur:

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2016): Siebter Altenbericht. Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften. Frankfurt a.M.

Bogumil, Jörg (2017): Strategische Ausrichtung der Kommunalverwaltung. In: Engelbert, Angelika (Hg.) (2017): Kommunalpolitik für Familien. Herausforderungen, Instrumente, Erfahrungen. Bochum, S. 83-88.

Initiative D21 e.V./fortiss GmbH: eGovernment MONITOR 2017 (2017). Nutzung und Akzeptanz digitaler Verwaltungsangebote – Deutschland, Österreich und Schweiz im Vergleich. Konz.

Laak van, Dirk (?2018): Alles im Fluss. Die Lebensadern unserer Gesellschaft. Frankfurt a.M.

Lenz, Karl (?2016): Familien. In: Schröer, Wolfgang/Struck, Norbert/Wolff, Mechthild (2016): Handbuch Kinder- und Jugendhilfe. Weinheim und Basel, S. 166-255.

Impressum:

Nds. Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
Hannah-Arendt-Platz 2
30159 Hannover
www.ms.niedersachsen.de

Institut für Sozial- und Organisationspädagogik
Universität Hildesheim
Universitätsplatz 1
31141 Hildesheim

Verantwortliche Wissenschaftlerin im Projekt und Autorin der Broschüre:
Britta Karner (karnerb@uni-hildesheim.de);

Ansprechpartner:
Prof. Dr. Wolfgang Schröer (schroeer@uni-hildesheim.de)

Stadt Hameln, Abt. Familie und Soziales, "Familie im Zentrum" (FiZ),
Eugen-Reintjes-Haus, Osterstraße 46, 31789 Hameln

Verantwortliche Mitarbeiterin im Projekt:
Sabine Kintscher (kintscher@hameln.de)

Ansprechpartner FiZ:
Bernd Himler (himler@hameln.de), Marc Telgheder (telgheder@hameln.de)

Bildnachweise:

S 01 Adobe Stock, DavidPrado
S 04 Adobe Stock, Monkey Business
S 05 Adobe Stock, fizkes
S 06 Adobe Stock, maroke
S 07 Adobe Stock, Eva Lechtenberg
Adobe Stock, Ingo Bartussek
S 08 Adobe Stock, WavebreakmediaMicro
Adobe Stock, ungyranu
S 09 Adobe Stock, Rawpixel.com
S 10 Adobe Stock, Maria Sbytova
S 11 Adobe Stock, motortion
S 12 Adobe Stock, VChalup
S 13 Adobe Stock, pololia
S 14 Adobe Stock, rido
S 16 Adobe Stock, imageegami
S 17 Adobe Stock, Zitzke
S 18 Adobe Stock, Coastoak
S 19 Adobe Stock, MoiraM
S 20 Adobe Stock, Pink Badger
S 21 Adobe Stock, auremar



Niedersächsisches Ministerium
für Soziales, Gesundheit
und Gleichstellung